Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / ... Ostsachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche R...schau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang | Donnerstag, den 28. Oktober 1926 | Nummer 241

Werktätige! Wählt Liste 5
Renner, Albrecht, Schwinke

Die neuen Dreiundzwanzig

Unter dem Protektorat der Herren Wels und Dittmann

Es gibt keinen Zweifel mehr: der sächsische Wahlkampf steht bei den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie vollauf im Zeichen der **Großen Koalition**. Die Parteien der sächsischen Industrie und Finanz sind durch die Initiative **Stresemanns** auf die Koalitionsbasis gedrängt worden. Die SPD führt den Wahlkampf völlig unter dem Patronat des Parteivorstandes. Mit elementarer Gesetzmäßigkeit vollzieht sich die politische Entwicklung der linken sozialdemokratischen Führer Sachsens in der von den Kommunisten vorausgesagten Linie. Die Schwankungen zwischen Koalitionspolitik und Bürgerblock, die bei den bürgerlichen Parteien Sachsens noch vor wenigen Wochen zu beobachten waren, sind im Rahmen der Reichspolitik der Schwerindustrie liquidiert worden. Im Wahlgefecht verwandelt sich die Antikoalitions-Fanfare der linken sozialdemokratischen Führer aus den Sommermonaten in eine verblichene Schamade nach dem Taktstock des Kapellmeisters Wels. Die rauschenden Akkorde gegen die Heldt-Koalition verstummen sämtlich in der sozialdemokratischen Presse. In das schrille Fortissimo gesteigerter Kommunistenhetze mischen sich schon die ersten Takte der Koalitionsklänge.

Die sozialdemokratischen Arbeiter stehen vor folgenschweren Entscheidungen. Durch die Abgabe des Stimmzettels am 31. Oktober müssen sie zum Ausdruck bringen, welcher Partei sie vertrauen. Wir wissen, daß innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft selbst große Schwankungen und eine täglich immer mehr um sich greifende Unsicherheit über ihre Haltung am Wahltag vorhanden ist. Die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Arbeiter in der Wahlbewegung den Kampf der sozialdemokratischen Führer gegen die Kommunisten nicht aktiv unterstützen, ja, daß sie auf den Sammellisten für den Wahlfonds der Kommunistischen Partei in sehr vielen Fällen Beiträge zeichnen, sind ein Ausdruck für die Unsicherheit in den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiter. Es wird am Sonntag wiederum eintreten, was wir bereits bei früheren Wahlen beobachten konnten:

Arbeiter mit dem sozialdemokratischen Parteibuch in der Tasche werfen einen kommunistischen Stimmzettel in die Urne.

Diese Tatsache ist ein deutliches Zeichen für die Schwankungen, die durch breite Arbeiterschichten gehen, für die Schwankungen und für die politische Neuorganisierung breiter Arbeiterschichten, also für den großen Umgruppierungsprozeß, den wir gegenwärtig in der deutschen Arbeiterbewegung erleben. Das Gros der sozialdemokratischen Arbeiter in Sachsen versucht jedoch sein prol. Gewissen zu beruhigen mit der Feststellung, daß sie ja nicht rechte Sozialdemokraten (ASPS) wählen, sondern linke Führer. Und diese haben ihnen doch versprochen, gegen die Koalitionspolitik zu kämpfen und sich für die Beseitigung der kapitalistischen Republik einzusetzen. Für diese Arbeiter, die zu den besten Kampftruppen des Proletariats gehören, sind aus der Wahlbewegung einige Tatsachen von größter Bedeutung. Tatsachen, die den politischen Zersetzungsprozeß innerhalb der linken Führergruppen und ihre enge Gesinnungsgemeinschaft mit dem Parteivorstand drastisch illustrieren.

Die Zirkusvorstellung des **Blut-Wels' in Dresden** und das Debüt des sozialistischen Sonntagsvormittagpredigers **Crispien** in Leipzig sind ernste Warnungszeichen für die sozialdemokratischen Arbeiter. **Die SPD-Arbeiter waren nicht wenig erstaunt,** als ihnen Arzt und Edel in Dresden plötzlich den gehässigsten Feind des revolutionären sächsischen Proletariats, den Parteivorsitzenden Wels, aufdrängen. Die Empörung hierüber kam bei den Arbeitern auch unverhohlen zum Ausdruck. Was bezweckt der Parteivorstand mit seiner prononcierten Teilnahme am sächsischen Wahlkampf? Die linken SPD-Führer sollen für die künftige Koalitionsregierung mit der Autorität des Parteivorstandes ausgerüstet werden. **Wels und Dittmann,** die die „jungen Schulmeister und Redakteure" in Sachsen erst nach Strich und Faden heruntergeputzt haben, wollen nunmehr ihren folgsamen Zöglingen parlamentarischen Kurswert geben. Das ist der Sinn der letzten Ereignisse in Dresden, Leipzig und Chemnitz. Es kommt darauf an, daß die sozialdemokratischen Arbeiter aus diesen Vorgängen die richtigen Lehren ziehen. Unsere Aufgabe ist es, ihnen kameradschaftlich dabei zu helfen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen sich vor Augen führen, in welcher Position sich die linken Führer noch vor nicht allzulanger Zeit gegenüber dem Parteivorstand befanden, welche Rolle der Parteivorstand der SPD im Kampf der deutschen Bourgeoisie gegen das sächsische Proletariat gespielt hat. Es seien nur die wichtigsten geschichtlichen Tatsachen genannt. Wels, Dittmann und Crispien, die heute als Wahlredner der SPD in Sachsen auftreten, sind gegen die Bildung der Zeigner-Liebmann-Regierung im Jahre 1923 gewesen. Sie führten den rücksichtslosesten Kampf für die Abwürgung Zeigners und wandten in diesem Kampf die niederträchtigsten und gemeinsten Mittel an. Im Einverständnis mit Wels und Dittmann erfolgte der Einmarsch der Reichswehr in Sachsen. Es steht fest, daß Ebert und Sollmann in engster Fühlung mit dem Parteivorstand die Reichswehrexekutive durchgeführt haben. Im Einverständnis mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand wurde 1923 im Stresemann-Kabinett von sozialdemokratischen Ministern der Vorschlag gemacht, die kommunistischen Mitglieder des Kabinetts Zeigner zu verhaften. Der Parteivorstand war weiter einverstanden mit der Ablegung seiner eigenen Parteigenossen als Minister. Im Anschluß an die Reichswehrexekutive führte der Parteivorstand die Parteiexekutive gegen die sozialdemokratischen Arbeiter Sachsens durch und bildete mit den 23 Renegaten die Große Koalition gegen den ausdrücklichen Willen des sozialdemokratischen Landes-Parteitages vom 6. Januar 1924. Im „Vorwärts" wurden um die Jahreswende 1923/24 die linken Führer Sachsens aufs wüsteste vom Parteivorstand beschimpft und verprügelt. Es folgte das jahrelange Doppelspiel des Parteivorstandes mit rechten und linken Führern. Auf dem Heidelberger Parteitag kam es zur offenen Solidarisierung Wels' mit den 23. Zur Durchführung der kapitalistischen Rationalisierung erfolgte der Pakt des Parteivorstandes mit Silverberg, die vorbehaltlose Verteidigung der Völkerbundspolitik der deutschen Bourgeoisie. Eindeutig hat der Parteivorstand ausgesprochen, daß die Große Koalition im Reich sich stützen muß auf die Große Koalition in Preußen, Sachsen und anderen Ländern.

Das Winterprogramm der Herren Wels und Dittmann ist fertig. Die sächsischen Wahlen sind ihnen ein Mittel zu seiner Verwirklichung. Noch sitzt in den sozialdemokratischen Arbeitern tief die Empörung über die sozialdemokratischen Hohenzollern-Lakaien im Preußischen Landtag. Noch sind sie des Glaubens, daß die linken Führer einen ehrlichen Kampf gegen die Koalitions- und Hohenzollern-Politik der rechten Führer und insbesondere des Parteivorstandes führen. Da erscheinen plötzlich, 8 Tage vor der Wahl, Arm in Arm Wels und Arzt, Crispien und Liebmann auf der Bildfläche. Jeder politisch denkende Arbeiter muß schon durch diese Personalunion auf die **Wesensverwandtschaft zwischen den linken Führern und dem Parteivorstand** gestoßen werden.

Die linken sozialdemokratischen Führer Sachsens stellen sich als die neuen 23 vor

Sie haben sich dem Parteivorstand verpflichtet, die Rolle der 23 zu übernehmen, die Koalitionspolitik weiter zu führen und den Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiter gegen diese klassenverräterische Politik zu brechen. Diese Rolle der linken Führer, die viele sozialdemokratische Arbeiter bisher nicht sehen wollten, ist durch die letzten Ereignisse deutlicher gemacht worden. Es ist die verdammte Pflicht eines jeden ehrlichen Klassenkämpfers, nunmehr zu überprüfen, ob er seine bisherige Stellungnahme gegenüber diesen Führern aufrecht erhalten kann, oder ob ihn die neuen Tatsachen nicht zwingen, in **Kampfstellung** gegen diese Führer zu treten. So schwer es auch für manchen sozialdemokratischen Arbeiter sein mag, seine neue Enttäuschung einzugestehen, und so leicht sich auch die Erbitterung über diese schändlichen Täuschungsmanöver in politische Gleichgültigkeit verwandelt.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen sich daran erinnern, daß vor vier Jahren, im November 1922, bei den Wahlen zum vergangenen Landtag, **von den sozialdemokratischen Führern keiner von der Großen Koalition gesprochen hat.** Damals stand im Wahlkampf einzig und allein die Frage der sozialdemokratischen Minderheitsregierung. Bereits nach einem Jahr wurde die Große Koalition von den sozialdemokratischen Führern in Sachsen gebildet. Man vergleiche diese rasche Entwicklung mit derjenigen, die die linken Führer in den letzten Monaten durchgemacht haben. Dabei kommt man zu dem Resultat, daß die in Heidelberg noch etwas gespannten Beziehungen zwischen dem Parteivorstand und den sächsischen Linken sich in den letzten Wochen in rasendem Tempo umgewandelt haben in enge Waffenbrüderschaft zum Kampfe gegen die Kommunisten und für die Durchführung der Koalitionspolitik. Das ist die Basis für die Große Koalition der sächsischen Sozialdemokratie nach den Wahlen.

Wir appellieren in dieser Stunde an die sozialdemokratischen Arbeiter, sich von den letzten **Vorurteilen** gegen die Kommunisten **freizumachen**. Das wird ihnen um so leichter fallen, je mehr sie erkennen, wie in allen Fällen die politische Entwicklung den Kommunisten recht gegeben hat. Die sozialdemokratischen Arbeiter Sachsens dürfen sich nicht aufs neue mißbrauchen lassen für die Parteivorstands-Politik. **Denkt an die Reichswehr-Exekutive! Denkt an die Partei-Exekutive von Wels und Dittmann! Denkt an die Beschimpfungen und Schmähungen, die diese Führer über euch ausgeschüttet haben! Erinnert euch, daß keiner der linken Führer in Sachsen den Kampf gegen die Koalition mit der Bourgeoisie führte! Die Früchte der Großen Koalition liegen vor euch. Wer nicht will, daß der jahrelange Kampf gegen die Große Koalition in Sachsen eine Farce, ein kindliches Spiel war, der muß von jedem Vertreter der Arbeiterschaft das unbedingte und uneingeschränkte Bekenntnis zum Kampf gegen jede Koalition mit der Bourgeoisie fordern. Die kapitalistische Republik ist Not und Elend für die breiten Massen. Nur der Sturz dieser Republik kann die Arbeiterschaft befreien. Auf dem Wege zu diesem Ziel ist die Entscheidung der sozialdemokratischen Arbeiter am 31. Oktober von größter Bedeutung. Im Namen der großen Vorkämpfer und Führer des Proletariats als die treuen Hüter des Erbes von Marx und Lenin reichen die Kommunisten allen sozialdemokratischen Arbeitern die Bruderhand und fordern sie auf, den Kampfbund am nächsten Sonntag durch ein mutiges und freudiges Bekenntnis zum Kommunismus zu besiegeln.**

Die Väter der Schwarzen Reichswehr

Ebert, Geßler, Seeckt und Severing

Die Fememord-Prozesse, die gegenwärtig vor dem Schwurgericht in Landsberg a. d. W. zur Verhandlung gelangen, sind nicht etwa nur deshalb bedeutsam, weil sie wieder zeigen, wie die deutsche Klassenjustiz die Fememörder mit milden Strafen davonkommen läßt. Wie im Fememordfall Panier werden auch diesmal die wahren Drahtzieher und Hintermänner der Fememörder gedeckt, die Zusammenhänge bis in die höchsten militärischen Stellen verhüllt und die Werkzeuge der Feme verurteilt.

Im zweiten Landsberger Femeprozeß (Fall Gaedicke) drohte die Enthüllung der militärischen Zusammenhänge, die zur Schaffung der Schwarzen Reichswehr führten, durch den Angeklagten Oberfememörder, den Oberleutnant a. D. Schulz. Das Gericht lehnte ab, auf die Oeffentlichkeit der Verhandlungen zu verzichten, da eine geheime Tagung des Gerichtes zuviel Empörung in der Oeffentlichkeit hervorgerufen hätte. Das Gericht glaubte bestimmt, daß der Oberleutnant Schulz in der öffentlichen Tagung die Schaffung der Femeorganisationen nicht in ihrem Zusammenhang mit der Organisierung der Schwarzen Reichswehr enthüllen würde. Aber Oberleutnant Schulz stellte fest, daß Geßler, Seeckt und Severing von der Organisation der Schwarzen Reichswehr wußten. Das Reichswehr-Ministerium wurde durch das Wehrkreiskommando 2 informiert, und informierte seinerseits die preußische Regierung. Schulz schrie, als er diese Aussagen machte:

„Was auspacken soll ich? Ich habe ja gar keine Geheimnisse auszupacken. Was ich geleistet habe, das habe ich ja ganz offiziell getan. Ich bin ja vom Reichswehr-Ministerium selbst für meine Arbeiten herangeholt worden. Das Wehrkreiskommando 2 hat mich ja persönlich zum Kommandeur von Küstrin ernannt. Und meine Truppe ist ja eine Reichswehrformation und nichts anderes. Wir waren ganz legal, hatten nur die Verpflichtung, unsere Tätigkeit vor den Augen der Oeffentlichkeit geheim zu halten (!). Die preußische Regierung wußte davon und billigte es."

Diese Aussagen von Schulz veranlassen den Berichterstatter der „Vossischen Zeitung" zu schreiben:

„Da war die Bombe geplatzt. Der Leiter der Schwarzen Reichswehr erklärt unzweideutig, daß seine Truppe nichts weiter war als ein besonderes Glied der Reichswehr.

Nach den Erklärungen von Schulz war alles im Saale fassungslos, am fassungslosesten wohl das Gericht selbst."

Ein Regiefehler! Ein Regiefehler der Klassenjustiz! Wie bitter mögen die Herren Klassenrichter bereut haben, daß sie vorher den Ausschluß der Oeffentlichkeit abgelehnt haben. Um Beweisanträge nach der Richtung der Aussagen des Oberleutnants Schulz abzuschneiden, beeilte sich daraufhin das Gericht, den Antrag des Rechtsanwalts Dr. Löwenthal (Vertreter des Nebenklägers), die Minister Severing, Külz, Geßler, den General von Seeckt, den Staatssekretär Pünder, den Oberregierungsrat Mühleisen und den Regierungsdirektor Dr. Weiß, zu laden, abzulehnen. Mit dem Ablehnungsbeschluß verband das hilflose Gericht eine Vertagung der Verhandlung auf unbestimmte Zeit. Als lächerlich wirkenden Vorwand benützte es das Fehlen eines gänzlich unerheblichen Zeugen.

Daß Geßler und Seeckt die Väter der Schwarzen Reichswehr waren, wurde schon sehr oft in der vollster Oeffentlichkeit behauptet. Daß auch die sozialdemokratischen Reichsminister im Jahre 1922 die Rüstungen der Schwarzen Reichswehr unterstützten, kam erstmalig an die Oeffentlichkeit durch die Aussagen des ehemaligen OC.-Mannes **Schmidt** vor dem preußischen Femeuntersuchungsausschuß. Schmidt erklärte, daß auch Severing 1922/23 die Schwarze Reichswehr stillschweigend gefördert habe. Am 20. September veröffentlichte der demokratische pazifistische Generalmajor a. D. Freiherr von **Schönaich** einen Artikel in der „Welt am Montag" gegen den Reichswehrminister Geßler, in dem er feststellte, daß die Rüstungen der Schwarzen Reichswehr gegen die „Grenzgefahren im Osten"

Ernst Thälmann / **Siegfried Rädel** sprechen heute abend 7[30] in Dresden, Kristallpalast, Schäferstraße und im Sächsischen Wolf in Freital: **Für das rote Arbeiter-Sachsen!** Für die Liste **5**